

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion
der CDU-Landtagsfraktion

betr.: „First Mover“ schützen! Veränderung des EU-Emissionshandels darf nicht auf Kosten der saarländischen Stahlindustrie gehen

Der Landtag wolle beschließen:

Die saarländische Stahlindustrie befindet sich mitten in einem der größten Transformationsvorhaben Europas. Mit dem Projekt „Power4Steel“ der SHS - Stahl-Holding-Saar wird der schrittweise Umbau zur CO₂-ärmeren und perspektivisch klimaneutralen Stahlproduktion umgesetzt. Investitionsentscheidungen in Milliardenhöhe wurden getroffen, Zuwendungsbescheide erteilt, Anlagen bestellt, erste Wasserstofflieferverträge abgeschlossen und die Bauarbeiten in Dillingen und Völklingen haben begonnen. Für das Projekt gibt es kein Zurück mehr.

2029 sollen die Anlagen in Betrieb gehen und jährlich bis zu 3,5 Millionen Tonnen emissionsarmen Stahl erzeugen. Bereits die erste Umstellungsphase soll die CO₂-Emissionen um ca. 4,8 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren. Perspektivisch wird die Transformation der Stahlindustrie den CO₂-Ausstoß des Landes fast halbieren.

Im Mittelpunkt der Transformation steht die Zukunft von rund 12.000 direkten und 20.000 indirekt abhängigen Arbeitsplätzen. Denn die Stahlindustrie sichert Einkommen von zehntausenden Familien, steht für starke Mitbestimmung, sorgt für Kaufkraft und ist Ausgangspunkt der industriellen Wertschöpfungskette. Dazu ist die Transformation auch angesichts unsicherer Lieferketten und zunehmender geopolitischer Verwerfungen eine Frage der sicherheitspolitischen Resilienz.

Im Saarland ziehen deshalb Betriebsräte, Gewerkschaften, Unternehmen und

Landesregierung an einem Strang. So konnten mit dem Transformationsfonds Investitionen von rund 4,6 Milliarden Euro ermöglicht werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei das gemeinsame Bekenntnis der beiden größten Fraktionen im saarländischen Landtag zur Zukunft der Stahlindustrie.

In den kommenden Monaten wird es darum gehen, dass der eingeschlagene Weg durch stabile und verlässliche politische Rahmenbedingungen fortgesetzt werden kann. Deshalb beobachten wir die derzeitigen Diskussionen über eine nachträgliche Veränderung der für den Erfolg der Transformation entscheidenden wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen mit großer Sorge.

Eine nachträgliche Veränderung des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS-1), des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und insbesondere eine Veränderung und Verlängerung des vorgesehenen Abschmelzpfades der kostenlosen CO₂-Zertifikate bergen erhebliche Risiken für Unternehmen, die im Vertrauen auf geltendes Recht und politische Zusagen massiv in den Industriestandort investiert haben. Profitieren würden stattdessen Mitbewerber, die ihre Transformationspläne zurückgestellt oder aufgegeben haben bzw. außerhalb Deutschlands und Europas verfolgen.

Die Bundesregierung ist nun gefordert, sich entschieden für verlässliche und planbare Rahmenbedingungen einzusetzen und auf europäischer Ebene bei möglichen Anpassungen des ETS die Investitions- und Planungssicherheit der industriellen Vorreiter sicherzustellen. Die Unternehmen haben gemeinsam mit Bund und Land Milliardenbeträge investiert, um die industrielle Transformation erfolgreich voranzubringen. Wer von Unternehmen Mut zu Investitionen verlangt, muss sich auch zur Verlässlichkeit politischer Zusagen bekennen. Es wäre ein fatales Signal, wenn ausgerechnet diejenigen Unternehmen, die frühzeitig Verantwortung übernommen haben, hohe Investitionen auf den Weg gebracht haben und ihre Produktion konsequent auf klimaneutrale Verfahren umstellen, am Ende wirtschaftliche Nachteile gegenüber Wettbewerbern erleiden würden, die später oder weniger ambitioniert handeln.

Der Landtag des Saarlandes begrüßt:

das Engagement von Beschäftigten, Betriebsräten, Gewerkschaften, Unternehmen und Politik für die Zukunft der saarländischen Stahlindustrie;

- die Unterstützung der industriellen Transformation durch das Land, insbesondere mit dem landeseigenen Transformationsfonds;
- den Beitrag des Projekts „Power4Steel“ zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und zur Erreichung der deutschen und europäischen Klimaziele.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- sich auf Bundes- und EU- Ebene weiterhin für die Zukunft der saarländischen Stahlindustrie und für faire Rahmenbedingungen einzusetzen;
- sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin für den Schutz von Transformationsprojekten wie „Power4Steel“ und die Wahrung der Investitionssicherheit industrieller First Mover starkzumachen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Bundesregierung auf:

- sich eindeutig zur Transformation der Stahlindustrie zu bekennen und sich auf europäischer Ebene für den Schutz industrieller First Mover einzusetzen;
- mit Blick auf die Pläne der EU-Kommission über eine ETS-Reform jede Benachteiligung von industriellen First Movern zu verhindern und deren Investitions- und Planungssicherheit zu gewährleisten;
- sich im Falle von Veränderungen am EU-Emissionshandelsrecht für geeignete Kompensationsmechanismen für industrielle First Mover einzusetzen;
- bestehende Lücken beim CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) zu schließen und einen wirksamen Schutz vor Carbon Leakage sowie klimaschädlich produzierten Dumpingimporten sicherzustellen;
- die Schaffung grüner Leitmärkte insbesondere durch verbindliche Nachhaltigkeitskriterien und Einsatzquoten bei der öffentlichen Beschaffung voranzutreiben – besonders im Bereich des Schienenverkehrs;
- für die Einbeziehung von grünem Stahl in die „Buy-European“-Regelungen der EU im Rahmen des Industrial Accelerator Acts (IAA) zu sorgen;
- die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie durch bezahlbare Energiepreise und den beschleunigten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu stärken;
- an den deutschen und europäischen Klimazielen festzuhalten und die industrielle Transformation als Voraussetzung für deren Erreichung aktiv zu unterstützen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.